S 41 SB 1979/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Schwerbehindertenrecht

Abteilung 13
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft -

Deskriptoren GdB – Absenkung

Leitsätze -

Normenkette SGB X § 48

1. Instanz

Aktenzeichen S 41 SB 1979/18

Datum 28.05.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 13 SB 143/21 Datum 09.06.2022

3. Instanz

Datum -

Auf die Berufung des Klägers wird das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 28. Mai 2021 aufgehoben.

Der Bescheid des Beklagten vom 21. Juni 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 29. Oktober 2018 wird insoweit aufgehoben, als bei dem Kläger ein Grad der Behinderung von weniger als 50 festgestellt wurde.

Der Beklagte hat dem Kläger dessen notwendige auÃ∏ergerichtliche Kosten des gesamten Verfahrens in voller Höhe zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Â

Tatbestand

Die Beteiligten streiten $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Herabsetzung des Grades der Behinderung (GdB).

Â

Der 1973 geborene Kläger, bei dem 2006 insbesondere im Hinblick auf sein Wirbelsäulenleiden ein GdB von 20 festgestellt worden war, wurde im August 2011 wegen Hodenkrebses operiert. Die Chemotherapie war im Januar 2012 abgeschlossen. Auf dessen Antrag stellte der Beklagte mit Bescheid vom 15. Dezember 2011 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 23. Mai 2012 in der Fassung des Ausführungsbescheides vom 19. September 2014 einen GdB von 80 fest.

Â

Den (ersten) Herabsenkungsbescheid vom 23. Juni 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 8. November 2016, der sich insbesondere auf das im Verwaltungsverfahren eingeholte Gutachten des Facharztes fýr Allgemeinmedizin Dr. H vom 6. Juni 2016 stützte, hob der Beklagte auf, da die fünfjährige Heilungsbewährung noch nicht abgelaufen war.

Â

Nachdem sich in dem im August 2017 eingeleiteten weiteren Nachprýfungsverfahren die Rezidivfreiheit bestätigt hatte, senkte der Beklagte durch Bescheid vom 21. Juni 2018, der am selben Tag zur Post gegeben wurde, bei dem Kläger mit Wirkung ab dem 25. Juni 2018 den GdB auf 30 ab. Den hiergegen erhobenen Widerspruch wies der Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 29. Oktober 2018 unter Aufhebung der Bescheide vom 15. Dezember 2011, vom 23. Mai 2012 und vom 19. September 2014 zurýck. Hierbei ging er von folgenden Funktionsbeeinträchtigungen aus:

Â

- degenerative Veränderungen und Funktionsbehinderung der Wirbelsäule mit Bandscheibenschäden sowie Nerven- und Muskelreizerscheinungen, kþnstliche Bandscheibe, Wirbelsäulenverformung, auÃ□ergewöhnliches Schmerzsyndrom (Einzel-GdB von 30),
- 2. Erkrankung des Hodens links nach Heilungsbewährung, Verlust des Hodens links (Einzel-GdB von 10),
- 3. Bluthochdruck (Einzel-GdB von 10),
- 4. Gallensteinleiden, Fettleber, FettstoffwechselstĶrung (Einzel-GdB von 10),
- 5. psychovegetative StA¶rungen (Einzel-GdB von 10),
- 6. Polyneuropathie (Einzel-GdB von 10),
- 7. FunktionsstĶrung des rechten Kniegelenks (Einzel-GdB von 10).

Mit der Klage bei dem Sozialgericht Berlin hat sich der Kläger gegen die Herabsetzung auf einen GdB von unter 50 gewandt. Nach Einholung von Befundberichten der den Kläger behandelnden Ã∏rzte hat das Sozialgericht das Gutachten der Fachärztin fÃ⅓r Orthopädie S vom 25. Februar 2020 eingeholt, die nach Untersuchung des Klägers am 8. August 2019 den GdB auf orthopädischem Fachgebiet mit 40 bewertet hat. Hierbei hat sie folgende Funktionseinschränkungen berÃ⅓cksichtigt:

Â

- Wirbelsäulenschäden mit schwergradigen funktionellen Auswirkungen in einem Wirbelsäulenabschnitt, rezidivierendes Zervikalsyndrom, Zustand nach Implantation einer Bandscheibenprothese, auÃ□ergewöhnliche Schmerz-symptomatik (Einzel-GdB von 40),
- 2. Impingementsyndrom des rechten Schultergelenks, eine durch die Chemotherapie induzierte Polyneuropathie mit Gefühlsminderung der Langfinger (Einzel-GdB von 10).

Â

Ferner hat das Sozialgericht den Facharzt für Neurologie Dr. M mit der Begutachtung des Klägers beauftragt. Im Gutachten vom 12. November 2020 hat der Sachverständige ausgeführt, mindestens seit Juni 2018 betrage bei dem Kläger der Gesamt-GdB 50, wobei er folgende Funktionseinschränkungen festgestellt hat:

Â

- Wirbelsäulenschaden ohne auÃ□ergewöhnliches Schmerzsyndrom (Einzel-GdB von 30),
- 2. Taubheitsgefühl an beiden vorderen Oberschenkeln (Einzel-GdB von 10),
- 3. Karpaltunnelsyndrom beidseitig (Einzel-GdB von 30),
- 4. mittelschwere depressive Episode (Einzel-GdB von 30).

Â

Der Beklagte hat mit Schriftsatz vom 25. Februar 2021 erklĤrt, bei dem KlĤger mit Wirkung ab November 2018 einen Gesamt-GdB von 40 feststellen. Der KlĤger hat sich hiermit einverstanden erklĤrt.

Â

Das Sozialgericht hat die Klage mit Urteil vom 28. Mai 2021 abgewiesen. Zur Begründung hat es insbesondere ausgeführt, nach Ablauf der Heilungsbewährung sei im Juni 2018 der Gesamt-GdB mit 30 zu bewerten. Das Wirbelsäulenleiden sei zu diesem Zeitpunkt mit einem Einzel-GdB von 30 in Ansatz zu bringen, da ein auÃ□ergewöhnliches Schmerzsyndrom nicht nachgewiesen sei. Auch sei im Juni 2018 eine psychische Störung, die einen höheren Einzel-GdB als

10 rechtfertigte, nicht belegt.

Â

Mit dem als Ausf $\tilde{A}^{1/4}$ hrungsbescheid bezeichneten Bescheid vom 17. August 2021 hat der Beklagte bei dem Kl \tilde{A} x ger mit Wirkung ab 1. November 2018 einen Gesamt-GdB von 40 festgestellt.

Â

Mit der Berufung verfolgt der KlĤger sein Begehren weiter.

Â

In der m \tilde{A}^{1} 4ndlichen Verhandlung hat der Beklagte klargestellt, dass er mit der angefochtenen Herabsetzungsentscheidung die Bescheide vom 15. \hat{A} Dezember 2011 und vom 19. September 2014 erst mit Wirkung ab dem 25. Juni 2018 aufgehoben hat.

Â

Der Kläger beantragt,

Â

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 28. Mai 2021 aufzuheben sowie den Bescheid des Beklagten vom 21. Juni 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 29. Oktober 2018 insoweit aufzuheben, als bei ihm ein Grad der Behinderung von weniger als 50 festgestellt wurde.

Â

Der Beklagte beantragt,

Â

die Berufung zurļckzuweisen.

Â

Er hÃxIt die Entscheidung des Sozialgerichts fÃ1/4r zutreffend.

Â

Wegen der weiteren Ausführungen der Beteiligten wird auf deren Schriftsätze Bezug genommen. Ferner wird auf den übrigen Inhalt der Gerichtsakte und des Verwaltungsvorgangs des Beklagten verwiesen, die vorgelegen haben und Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen sind.

Â

Â

Â

EntscheidungsgrÃ¹/₄nde

Â

Die zulĤssige Berufung des KlĤgers ist begrļndet.

Â

Das Sozialgericht hat zu Unrecht den angefochtenen Bescheid des Beklagten vom 21. Juni 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 29. Oktober 2018 insoweit nicht aufgehoben, als der Beklagte mit Wirkung ab dem 25. Juni 2018 bei dem KlĤger einen GdB von weniger als 50 festgestellt hat. Denn in diesem Umfang ist die Absenkung rechtswidrig und verletzt den KlĤger in seinen Rechten.

Â

Rechtsgrundlage für die Herabsetzung des GdB ist § 48 Abs. 1 Satz 1 Sozialgesetzbuch, Zehntes Buch (SGB X). Danach ist ein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung mit Wirkung für die Zukunft aufzuheben, soweit in den tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnissen, die bei dem Erlass des Verwaltungsakts vorgelegen haben, eine wesentliche Ã□nderung eintritt.

Â

Im hier zu entscheidenden Fall handelt es sich bei dem Verwaltungsakt mit Dauerwirkung um den urspr \tilde{A}^{1} /anglichen Festsetzungsbescheid vom 15. \hat{A} Dezember 2011 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 23. Mai 2012 in der Fassung des Ausf \tilde{A}^{1} /ahrungsbescheides vom 19. September 2014, mit dem der Beklagte bei dem Kl \tilde{A} 1 ger einen Gesamt-GdB von 80 festgestellt hatte.

Â

Der Senat hat jedoch nicht die $\tilde{A}_{\square}^{\square}$ berzeugung gewinnen $k\tilde{A}_{\square}^{\square}$ nnen, dass eine wesentliche $\hat{a}_{\square}^{\square}$ d.h. die hier streitgegenst $\tilde{A}_{\square}^{\square}$ ndliche Herabsetzung auf einen Gesamt-GdB von weniger als 50 rechtfertigende $\hat{a}_{\square}^{\square}$ $\tilde{A}_{\square}^{\square}$ nderung im Sinne der genannten Vorschrift in den tats $\tilde{A}_{\square}^{\square}$ chlichen Verh $\tilde{A}_{\square}^{\square}$ ltnissen eingetreten ist. Hierbei sind die Verh $\tilde{A}_{\square}^{\square}$ ltnisse, die bei der urspr $\tilde{A}_{\square}^{\square}$ nglichen GdB-Feststellung vorgelegen haben, mit denen zu vergleichen, die bei Erlass des Herabsetzungsbescheides oder, wenn $\hat{a}_{\square}^{\square}$ wie hier $\hat{a}_{\square}^{\square}$ ein Widerspruchsverfahren stattfand, bei Erlass des Widerspruchsbescheides bestanden.

Vorliegend ist nicht zu ermitteln, ob der Gesamt-GdB bei dem Kläger im maÃ∏geblichen Zeitpunkt, d.h. im Oktober 2018, weniger als 50 betrug. Die bestehenden Zweifel gehen zu Lasten des Beklagten, der in der vorliegenden Anfechtungssituation die materielle Beweislast trägt.

Â

Nach § 152 Abs. 1 Sozialgesetzbuch, Neuntes Buch in der seinerzeit geltenden Fassung (SGB IX) sind die Auswirkungen der länger als sechs Monate anhaltenden Funktionsstörungen nach Zehnergraden abgestuft entsprechend den MaÃ□stäben des §Â 30 Bundesversorgungsgesetz zu bewerten. Hierbei sind die in der Anlage zur Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV) festgelegten â□□Versorgungsmedizinischen Grundsätzeâ□□ (VMG) heranzuziehen.

Â

Es steht zur ̸berzeugung des Senats nicht fest, dass das Wirbelsäulenleiden im Oktober 2018 mit einem Einzel-GdB von weniger als 40 zu berücksichtigen war. Zwischen den Beteiligten ist â∏ zu Recht â∏ nicht im Streit, dass die WirbelsĤulenschĤden des KlĤgers schwere funktionelle Auswirkungen in einem Wirbelsäulenabschnitt zeitigen, wofür in B 18.9 Var. 4 VMG ein GdB von 30 vorgesehen ist. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass nach B 18.9 Abs. 3 Oktober 2018 auf 40 anzuheben war. Denn Anhaltspunkte, dass sich die Wirbelsäulenerkrankung des Klägers bis zur gutachterlichen Untersuchung durch die FachAxrztin fA¼r OrthopAxdie S am 8. August 2019, die im Gutachten vom 25. Februar 2020 ein au̸ergewöhnliches Schmerzsyndrom festgestellt hat, verschlimmert hÄxtte, sind nicht ersichtlich. Entgegen der Ansicht der Vorinstanz Iässt sich aus dem Umstand, dass die Fachärzte für Orthopädie Dr. H und Dr. T, bei denen sich der KlĤger im zweiten Quartal 2019 in Behandlung begeben hat, eine Therapie mit Opioden aufgenommen haben, nichts zum Zeitpunkt des

Â

Auf der Grundlage eines Einzel-GdB von 40 für die Wirbelsäulenerkrankung ergibt sich unter Anwendung der Vorgaben in A 3 VMG unter Berücksichtigung der psychischen Störungen des Klägers im maÃ∏geblichen Zeitpunkt ein Gesamt-GdB von 50. Die Einschätzung des Facharztes für Neurologie Dr. M im Gutachten vom 12. November 2020, dass die mittelschwere depressive Episode des Klägers mindestens seit Juni 2018 mit einem Einzel-GdB von 30 zu bewerten ist, erscheint zutrefffend.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf $\frac{\hat{A}\S 193 \ SGG}{193 \ SGG}$. Sie ber $\tilde{A}^{1}/_{4}$ cksichtigt den Ausgang des Rechtsstreits.

Â

Die Voraussetzungen fļr die Zulassung der Revision (§ 160 Abs. 2 SGG) sind nicht erfüllt.

Â

Â

Â

Rechtsmittelbelehrung und ErlĤuterungen zur Prozesskostenhilfe

Â

Â

I. Rechtsmittelbelehrung

Â

Diese Entscheidung kann nur dann mit der Revision angefochten werden, wenn sie nachträglich vom Bundessozialgericht zugelassen wird. Zu diesem Zweck kann die Nichtzulassung der Revision durch das Landessozialgericht mit der Beschwerde angefochten werden.

Â

Die Beschwerde ist von einem bei dem Bundessozialgericht zugelassenen ProzessbevollmĤchtigten innerhalb eines Monats nach Zustellung der Entscheidung schriftlich oder in elektronischer Form beim Bundessozialgericht einzulegen. RechtsanwĤlte, BehĶrden oder juristische Personen des Ķffentlichen Rechts einschlie̸lich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlļsse müssen die Beschwerde als elektronisches Dokument $\tilde{A}^{1/4}$ bermitteln (\hat{A} § 65d Satz 1 Sozialgerichtsgesetz $\hat{a} \square \square$ SGG). Die Beschwerde muss bis zum Ablauf dieser Frist beim Bundessozialgericht eingegangen sein und die angefochtene Entscheidung bezeichnen.

Â

Anschriften des Bundessozialgerichts:

Â

bei Brief und Postkarte

34114 Kassel

Â

bei Eilbrief, Telegramm, Paket und

Päckchen

Graf-Bernadotte-Platz 5

34119 Kassel

Telefax-Nummer: (0561) 3107475	Â Â
Â	
Die elektronische Form wird durch \tilde{A} bermittlung eines elektronischen Dokuments gewahrt, das f \tilde{A} die Bearbeitung durch das Gericht geeignet ist und	
Â	
â□□	von der verantwortenden Person qualifiziert elektronisch signiert ist oder Å von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Ä bermittlungsweg gem. ŧ 65a Abs. 4 SGG eingereicht wird.
Â â∏∏	

Â

Weitere Voraussetzungen, insbesondere zu den zugelassenen Dateiformaten und zur qualifizierten elektronischen Signatur, ergeben sich aus der Verordnung $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber das besondere elektronische Beh \tilde{A} ¶rdenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung \hat{a} ERVV) in der jeweils g $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ltigen Fassung. Informationen hierzu k \tilde{A} ¶nnen $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber das Internetportal des Bundessozialgerichts (www.bsg.bund.de) abgerufen werden.

Â

Als Prozessbevollmächtigte sind nur zugelassen:

- 1. Rechtsanwälte,
- Rechtslehrer an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule eines Mitgliedstaates der Europ\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)ischen Union, eines anderen Vertragsstaates des Abkommens \(\tilde{A}\)\(\frac{1}{4}\)ber den Europ\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)ischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz, die die Bef\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)higung zum Richteramt besitzen,
- 3. selbstĤndige Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung für ihre Mitglieder,
- 4. berufsständische Vereinigungen der Landwirtschaft fýr ihre Mitglieder,
- 5. Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern sowie Zusammenschlýsse solcher Verbände für ihre Mitglieder oder für andere Verbände oder Zusammenschlüsse mit vergleichbarer Ausrichtung und deren Mitglieder,
- 6. Vereinigungen, deren satzungsgemäÃ∏e Aufgaben die gemeinschaftliche

Interessenvertretung, die Beratung und Vertretung der Leistungsempf \tilde{A} $^{\mu}$ nger nach dem sozialen Entsch \tilde{A} $^{\mu}$ digungsrecht oder der behinderten Menschen wesentlich umfassen und die unter Ber \tilde{A} $^{\mu}$ cksichtigung von Art und Umfang ihrer T \tilde{A} $^{\mu}$ tigkeit sowie ihres Mitgliederkreises die Gew \tilde{A} $^{\mu}$ hr f \tilde{A} $^{\mu}$ r eine sachkundige Prozessvertretung bieten, f \tilde{A} $^{\mu}$ r ihre Mitglieder,

7. juristische Personen, deren Anteile sämtlich im wirtschaftlichen Eigentum einer der in den Nrn. 3 bis 6 bezeichneten Organisationen stehen, wenn die juristische Person ausschlieÃ□lich die Rechtsberatung und Prozessvertretung dieser Organisation und ihrer Mitglieder oder anderer Verbände oder Zusammenschlù⁄₄sse mit vergleichbarer Ausrichtung und deren Mitglieder entsprechend deren Satzung durchfù⁄₄hrt, und wenn die Organisation fù⁄₄r die Tätigkeit der Bevollmächtigten haftet.

Â

Die Organisationen zu den Nrn. 3 bis 7 m $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ssen durch Personen mit Bef \tilde{A} mhigung zum Richteramt handeln.

Â

Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschlieÃ□lich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse sowie private Pflegeversicherungsunternehmen können sich durch eigene Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt oder durch Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt anderer Behörden oder juristischer Personen des öffentlichen Rechts einschlieÃ□lich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse vertreten lassen. Ein Beteiligter, der nach MaÃ□gabe der Nrn. 1 bis 7 zur Vertretung berechtigt ist, kann sich selbst vertreten.

Â

Die Beschwerde ist innerhalb von **zwei Monaten** nach Zustellung der Entscheidung von einem zugelassenen Prozessbevollm \tilde{A} achtigten schriftlich oder in elektronischer Form zu begr \tilde{A} nden. Rechtsanw \tilde{A} lte, Beh \tilde{A} rden oder juristische Personen des \tilde{A} ffentlichen Rechts einschlie \tilde{A} lich der von ihnen zur Erf \tilde{A} llung ihrer \tilde{A} ffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschl \tilde{A} se m \tilde{A} sen die Begr \tilde{A} ndung als elektronisches Dokument \tilde{A} bermitteln (\tilde{A} 65d Satz 1 SGG).

Â

In der Begrýndung muss dargelegt werden, dass

- die Rechtssache grundsĤtzliche Bedeutung hat oder
- die Entscheidung von einer zu bezeichnenden Entscheidung des

Bundessozialgerichts, des Gemeinsamen Senats der obersten GerichtshĶfe des Bundes oder des Bundesverfassungsgerichts abweicht und auf dieser Abweichung beruht oder

• ein zu bezeichnender Verfahrensmangel vorliegt, auf dem die angefochtene Entscheidung beruhen kann.

Â

Als Verfahrensmangel kann eine Verletzung der $\frac{\hat{A}\hat{S}\hat{A}\hat{S}}{109}$ und $\frac{128 \text{ Abs. } 1 \text{ Satz } 1}{100}$ SGG nicht und eine Verletzung des $\frac{\hat{A}\hat{S}}{100}$ nur ger $\frac{\hat{A}\hat{S}}{100}$ werden, soweit das Landessozialgericht einem Beweisantrag ohne hinreichende Begr $\frac{\hat{A}\hat{S}}{100}$ nur gefolgt ist.

Â

Â

II. ErlĤuterungen zur Prozesskostenhilfe

Â

Für das Beschwerdeverfahren gegen die Nichtzulassung der Revision kann ein Beteiligter Prozesskostenhilfe zum Zwecke der Beiordnung eines Rechtsanwalts beantragen.

Â

Der Antrag kann von dem Beteiligten persĶnlich gestellt werden; er ist beim Bundessozialgericht schriftlich oder in elektronischer Form einzureichen oder mýndlich vor dessen GeschĤftsstelle zu Protokoll zu erklĤren. RechtsanwĤlte, BehĶrden oder juristische Personen des Ķffentlichen Rechts einschlieÄ□lich der von ihnen zur Erfļllung ihrer Ķffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlļsse mÃ⅓ssen den Antrag als elektronisches Dokument übermitteln (§ 65d Satz 1 SGG).

Â

Dem Antrag sind eine ErklĤrung des Beteiligten über seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse (Familienverhältnisse, Beruf, Vermögen, Einkommen und Lasten) sowie entsprechende Belege beizufügen; hierzu ist der für die Abgabe der Erklärung vorgeschriebene Vordruck zu benutzen. Der Vordruck ist kostenfrei bei allen Gerichten erhältlich. Er kann auch über das Internetportal des Bundessozialgerichts (www.bsg.bund.de) heruntergeladen und ausgedruckt werden.

Â

Im Rahmen des elektronischen Rechtsverkehrs ist der Vordruck in Papierform

auszuf $\tilde{A}^{1/4}$ llen, zu unterzeichnen, einzuscannen, qualifiziert zu signieren und dann in das elektronische Gerichtspostfach des Bundessozialgerichts zu $\tilde{A}^{1/4}$ bermitteln.

Â

Falls die Beschwerde nicht schon durch einen zugelassenen ProzessbevollmÄ α chtigten eingelegt ist, mÃ α ssen der Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe und die ErklÄ α rung Ã α ber die persÃ α nlichen und wirtschaftlichen VerhÄ α ltnisse nebst den Belegen innerhalb der Frist fÃ α r die Einlegung der Beschwerde beim Bundessozialgericht eingegangen sein.

Â

Ist dem Beteiligten Prozesskostenhilfe bewilligt worden und macht er von seinem Recht, einen Rechtsanwalt zu wĤhlen, keinen Gebrauch, wird auf seinen Antrag der beizuordnende Rechtsanwalt vom Bundessozialgericht ausgewĤhlt.

Â

Â

III. Ergänzende Hinweise

Â

Der Beschwerdeschrift und allen folgenden Schrifts \tilde{A} xtzen sollen Abschriften f \tilde{A} 1 4r die \tilde{A} 1 4brigen Beteiligten beigef \tilde{A} 1 4gt werden. Das Bundessozialgericht bittet dar \tilde{A} 1 4ber hinaus um zwei weitere Abschriften. Dies gilt nicht im Rahmen des elektronischen Rechtsverkehr

Erstellt am: 28.06.2022

Zuletzt verändert am: 22.12.2024